

KLARTEXT

IN
BLAU

BRIGITTENAU

Blaues Fest am Wallensteinplatz

Was HC Strache schon vor Jahren sagte (Seite 2)

Steuergeldverschwender (Seite 2)

Verstärkung in der FPÖ-Brigittenau (Seite 3)

Grüne Wahlversprechen 2010 - und die Umsetzung (Seite 4)

Ampeln für Alle (Seite 5)

Bodenlos (Seite 6)

Was kommt als nächstes ... (Seite 6)

Romanogasse 28 - eine unendliche Geschichte (Seite 7)

Rot - Grüne Wortgefechte (Seite 8)

Verlogene Flüchtlingspolitik (Seite 9)

Dringende Fragen am Stammtisch (Seite 10)

Die Toleranz der Gutmenschen (Seite 10)

Zeitgeistwahnsinn aus der BRD (Seite 11)

Kein Geld für Hundezonen (Seite 11)

Sehr geehrte Damen und Herren! Liebe Leserin, geschätzter Leser!

Was HC Strache schon vor Jahren sagte!



In den letzten Tagen und Wochen ist in der österreichischen Innenpolitik festzustellen, dass einige politische Forderungen, Ankündigungen und Aussagen, sei es von Ministern (Kurz, Mikl-Leitner) oder auch von Wiener-SPÖ-Granden gar nicht neu sind. Nein, denn viele dieser politischen Baustellen wurden von HC Strache und der FPÖ bereits vor Jahren angesprochen. Was damals als hetzerisch und aus-

länderfeindlich galt wird jetzt – vor der Wahl – als legitimes Problem erkannt. Aber Achtung, denn nach den Wahlerfolgen der FPÖ im Burgenland und in der Steiermark und vor der Wien-Wahl greifen SPÖVP zur alt bewährten Wähler-täuschung und geben vor sich den „wirklichen Problemen“ stellen zu wollen.

Asylchaos

Im Asylwesen herrscht nicht erst seit heuer das Chaos, aber nur deswegen, da man entgegen FPÖ-Forderungen seit Jahren Wirtschaftsflüchtlingen Asyl gewährt und Scheinasylannten, anstatt Sie konsequent außer Landes zu bringen, in die Grundversorgung mit aufgenommen hat. Jetzt wo Kriegsflüchtlinge massenhaft nach Europa drängen sind die Asylquoten und -quartiere bereits ausgeschöpft. Hausgemacht! Denn bereits 2005 wurde ein Buch „Asylconnection“ veröffentlicht, dass sich mit Asylmissbrauch in Österreich und den Folgen auseinandersetzte. Der Verfasser, ein Jurist aus dem Bundesasylamt in Salzburg, wurde deswegen straf-, privat- und dienstrechtlich verfolgt!

Nun will die Innenministerin hart durchgreifen und Asylverfahren aussetzen. Sie meint, dass „Österreich unattraktiver für Asylwerber werden soll“. Ein indirektes Eingeständnis dafür, dass in Österreich leichter Asyl gewährt wird als anderswo. Siehe die zigtausenden Tschetschenen in unserem Land, von denen immer wieder Einzelne durch Gewaltdelikte auffallen und denen auch ein nicht unerheblicher Teil der Dschihadisten-Szene in Österreich angehört.

„Echte Wiener“ im Gemeindebau

In Wien muss der Gemeindebau wieder als Wahlzuckerl erhalten. 2010 sprach BM Häupl von der Hausordnung die beachtet werden muss und vom Deutschsprechen. Die Hausordnung wurde in der Zwischenzeit von Wiener Wohnen geändert und - entschärft. Jetzt, 4 Monate vor der Wien-Wahl, sprechen die Genossen plötzlich vom „Echten Wiener“, der bei der Vergabe einer Gemeindewohnung wieder bevorzugt behandelt werden soll. Bloß, wen sehen die Genossen als „Echten Wiener“?

Meint Ihr LABg. GR Gerhard Haslinger

Liebe Brigittenauerinnen, liebe Brigittenauer!

Steuergeldverschwender!



In der letzten Ausgabe des „Klartext“ stellte ich an dieser Stelle anhand eines Beispiels (NAWI-Raum in der Schule am Allerheiligenplatz 7) fest, dass die rot-grüne Stadtregierung in Wien mit den ihr anvertrauten Steuergeldern nicht besonders sorgsam umgeht. Und vor kurzem hat sich das zum Leidwesen von uns Steuerzahlern wieder einmal eindrucksvoll bestätigt.

Kurz vor dem Life Ball und dem Song Contest ließ die Grüne Wiener Vizebürgermeisterin Maria Vassilakou bei 240 Fußgänger-Ampeln die Symbole austauschen. Seither sind dort neben Hetero- auch Homopärchen – also Mann mit Mann und Frau mit Frau – zu sehen. Die Kosten für diese Aktion betragen nicht weniger als 63.000 Euro! Da konnte sich aber auch die SPÖ-Stadträtin Ulli Sima nicht lumpen lassen: 36.800 Steuer-Euro waren ihr singende Kanaldeckel und ähnliches wert.



Apropos Life Ball. Haben Sie eine Vorstellung, wie hoch die seitens der Stadt Wien für diese Veranstaltung gewährte Subvention eigentlich ist? Also: Stolze 800.000 Euro gibt's dafür! Und 2015 kam dann noch einmal ein „kleiner“ Nachschlag dazu: Weitere 45.000 Euro flossen

aus dem Wiener Kulturbudget für das Projektvorhaben „Beethovenfries - zeitgenössische Darstellung während der Life Ball Eröffnung“.

Und während da von rot-grün fast 1 Million Euro im sprichwörtlichen Sinn mit der linken Hand locker ausgegeben wurde, ein Beispiel, wo im Gegensatz dazu gespart wird:

Von der Brigittenauer Bezirksvertretung wurde am 18.2.-2015 ein FPÖ-Antrag beschlossen, mit dem die Wiener Linien ersucht wurden, die drei im Bezirk befindlichen Stationen der U6 (Jägerstraße, Dresdner Straße und Handelskai) mit Videokameras auszustatten, die nicht nur Live-Bilder liefern, sondern auch aufzeichnen. Vor kurzem teilte uns nun die für die Wiener Linien zuständige SPÖ-Vizebürgermeisterin Renate Brauner mit, dass derzeit aufgrund der begrenzten Budgetmittel für diese Stationen „noch keine Planung bezüglich des Ausbaus der Videoüberwachung“ vorliegen.

Also, Geld für schwule Ampelpärchen ist vorhanden, dafür wird dann bei der Sicherheit unserer Bürgerinnen und Bürger gespart. Daran sollten Sie bei der Wahl am 11. Oktober 2015 denken, meint

Ihr Bezirksvorsteher-Stellvertreter Herbert Grausam

Impressum:

© by FPÖ-Brigittenau 2015

Herausgeber: FPÖ Brigittenau; 1200 Wien, Traunfelsgasse 3, +43 (0) 1/330 66 66; brigittenau@fpoe-wien.at

„Klartext in blau“ versteht sich als Forum freiheitlich denkender Menschen, das vor allem Bezirks- und Wien-Themen behandelt. Die gezeichneten Beiträge müssen nicht mit der Meinung der Redaktion übereinstimmen. Für den Inhalt der gezeichneten Beiträge sind deren Verfasser verantwortlich.

Redaktion: Der Klub der Freiheitlichen Bezirksräte Brigittenau;

Layout und Satz: Wolfgang Sehner; wolfgang.sehner@aon.at

Titelbild: Quelle: Sehner; Druck: Druckteam Burkert GmbH.; 2486 Pottendorf; Industriestraße 5.

Erscheinungsform: vierteljährlich, Erfüllungsort und Gerichtsstand ist Wien.

Leserbriefe können aus Platzgründen nicht immer publiziert werden. Die Redaktion behält sich das Recht vor, eingereichte Beiträge zu bearbeiten. Ein Recht auf Abdruck besteht jedoch nicht. Nachdruck und Übersetzung, auch auszugsweise, ist nur mit schriftlicher Genehmigung des Herausgebers gestattet.

Drängende Probleme – klare Positionen der FPÖ

Verstärkung in der FPÖ-Brigittenau!

Ich kenne Dr. Wolfgang Aigner seit 2001. Ich war damals neuer FPÖ-Bezirksrat und er der Klubobmann der ÖVP Brigittenau. Er wurde 2004 in den Wiener Landtag und Gemeinderat berufen und ich folgte bei der Wahl 2010 nach.

Im September 2011 trat LAbg. GR Dr. Aigner aus dem ÖVP Rathausklub aus und verblieb als klubungebundener Mandatar. Schnell war klar, dass er nicht nur die Politik der Stadt-Schwarzen satt hatte, sondern auch viel lieber vernünftige Forderungen freiheitlicher Politik mittragen wollte. Im August 2014 trat schließlich der Brigittenauer Ex-ÖVP-Bezirksparteiobmann Dr. Aigner der Freiheitlichen Familie bei.

Mit Dr. Aigner haben wir nicht nur einen blendenden Rhetoriker an Bord, sondern auch einen mit politischer Sach- und Fachkenntnis ausgestatteten Politiker.

Ich freue mich darauf, gemeinsam mit Dr. Aigner Politik mit Ecken und Kanten für die Brigittenauerinnen und Brigittenauer zu machen. Denn die Herausforderungen im Zusammenleben werden in naher Zukunft

nur mit klaren Standpunkten und verständlichen Forderungen bewältigbar sein und die hat auch er zu bieten.

LABg. GR Gerhard Haslinger
Bezirksparteiobmann



LABg. GR Dr. Wolfgang Aigner

to hat zu sein: So viel Freiheit wie möglich, so wenige Vorschriften wie nötig!

Arbeit und Leistung müssen sich lohnen

Immer mehr Menschen sind auf staatliche Leistungen angewiesen oder lassen sich von vornherein in das soziale Netz fallen. Wie attraktiv unser Sozialsystem für andere ist, zeigen auch die Zahlen der Einwanderer, die ausgerechnet zu uns nach Österreich wollen. Umgekehrt wird der Steuerdruck für jene, die Steuern zahlen, immer unerträglicher. Daran wird auch die „Steuerreform“ nichts ändern. Unser Wohlstand beruht auf dem Fleiß der Menschen, die etwas schaffen und leisten wollen. Diese Tugenden gilt es zu unterstützen, dann wird es in Österreich auch wirtschaftlich wieder aufwärtsgehen. Wir müssen uns aber bewusst sein, dass wir nicht die sozialen Probleme der halben Welt lösen können. Das bringt jedes System zum Kippen!

Dies sind nur einige Beispiele dafür, in denen die FPÖ eine klare Sprache spricht und bei den Menschen ist. Die Wahlen im Burgenland und der Steiermark haben gezeigt, dass eine Veränderung möglich ist. Nützen wir die Wahlen in Wien zu einer ähnlichen Veränderung, damit wir uns in den nächsten Jahren nicht mit homosexuellen Ampelpärchen, sondern mit den wirklichen Problemen in dieser Stadt beschäftigen!

LABg. GR Dr. Wolfgang Aigner

Nach vielen Jahren bei der ÖVP habe ich in der FPÖ eine neue politische Heimat gefunden. Die FPÖ bezieht bei vielen drängenden Problemen unserer Zeit einen klaren Standpunkt, ohne um den heißen Brei herumzureden. Einige Beispiele möchte ich anführen:

Nicht fremd im eigenen Land sein

Die Massenzuwanderung der letzten Jahre hat unsere Gesellschaft nachhaltig verändert. Mittelalterliche Familienstrukturen, Parallelgesellschaften bis hin zum Dschihadismus sowie die (Voll)Verschleierung von Frauen prägen das Bild unserer Stadt, gerade auch in der Brigittenau. Wer in Österreich leben möchte, sollte aber rasch unsere deutsche Sprache erlernen sowie die europäische Lebensweise übernehmen, wie etwa die Gleichberechtigung der Geschlechter akzeptieren. Unabdingbar ist das umfassende Bekenntnis zu den Grundrechten, das keinen Platz für religiösen Fanatismus lässt. Der radikale Islam oder die Scharia sind kein Teil Österreichs. Wir wollen uns nicht im eigenen Land als Fremde fühlen, die sich an fremde Lebensgewohnheiten anpassen müssen.

Freiheit statt staatlicher Bevormundung

Nicht zuletzt unter dem Einfluss der Grünen nimmt die staatliche Bevormun-

dung dramatische Ausmaße an: Rauchverbote, Fahrverbote, Parkverbote, die schrittweise Beseitigung der Privatsphäre (Stichwort: Bankgeheimnis), die Verstaatlichung der Kindererziehung machen den Menschen zunehmend zur Marionette des Staates. Die Politik hat dem Menschen nicht vorzuschreiben, wie er zu leben hat. Das gilt auch und gerade für die Wahl des Verkehrsmittels. Das Mot-



Grüne Wahlversprechen 2010 – und die Umsetzung

Wie jede Partei hatten die Grünen im Gemeinderatswahlkampf 2010 viele Ideen und Wahlversprechen was denn nicht alles getan wird wenn sie in die Regierung kämen.

Wie die Geschichte zeigte, kamen sie in die Regierung und damit begann das Drama um die Versprechen.

Jetzt 2015, da die nächste Gemeinderatswahl in Wien ansteht, kann an einigen Beispielen bilanziert werden, wie es mit der Umsetzung der Wahlversprechen aussieht:

Ausländerwahlrecht

Das kommunale Wahlrecht für Nicht-EU Bürger wurde gefordert, da etwa mit Stand 2014 ein gutes Viertel der in Wien Wohnenden auf Grund fehlender Staatsbürgerschaft nicht wahlberechtigt waren. Nur wäre dies aber ohne eine entsprechende Änderung auf Bundesebene, wie 2004 vom Verfassungsgerichtshof festgehalten, verfassungswidrig.



Drogenkonsumraum in Deutschland. Bild: Internet.

Drogen-Konsumräume

Die Einführung von Konsumräumen war ebenfalls angedacht und hat auch nicht funktioniert, zumindest wäre es nicht publik geworden. Und das, was schon bei der Errichtung einer Drogenberatungsstelle im Alsergrund ein Wien weites mediales Echo/erklang auf Grund einer Bürgerinitiative, die dagegen war, fehlender Einbindung der Bürger und Stellungnahmen aller Parteien - inklusive bezirkgrüner Kritik am Zentrum!

City-Maut und ein Drittel weniger Autos

Die Idee der City Maut fiel auf Grund einer Wien weiten Volksbefragung. Und wenn auch nach einer demokratiepolitisch bedenklichen Befragung die innere Mariahilfer Straße nun nicht mehr mit Autos durchgehend befahrbar ist und auch einige andere autofahrerfeindliche Projekte umgesetzt wurden, so hat es bei weitem nicht den Anschein, dass den Wienerinnen und Wienern das Fahren schon so vermiest wurde, dass es nun ein Drittel weniger Autoverkehr gäbe.

Öffi-Jahreskarte

Im Wahlkampf noch vollmundig um 100 Euro im Jahr angekündigt, wurden daraus 365 Euro. Zwar eine Reduzierung von den bis dahin geltenden 449 Euro, aber doch noch immer 265% mehr als versprochen – dafür wurden dann gleichzeitig die Preise für Einzelfahrscheine und Wochenkarten deutlich angehoben.

Postenschacher

Die grüne Partei meinte zwar gegen den Postenschacher angehen zu wollen,

Neue Öffi-Tarife in Wien ab 1. Juli 2014

Preise in Euro	Bisher	Neu
Einzelfahrt	2,10	2,20
Wochenkarte	15,80	16,20
Monatskarte	47,00	48,20
Jahreskarte*	365,00	365,00
* Bei Sofortzahlung		
Schwarzfahren	103,00	103,00

verfolgt man aber welche Posten alle neu geschaffen und mit Grünen besetzt wurden – Fahrradbeauftragter, Fußgängerbeauftragter, Universitätsbeauftragter, etc. ... - dann fragt man sich unwillkürlich der Postenschacher welcher Partei hier gemeint war.

Wobei das Beispiel des Universitätsbeauftragten ein nettes ist: Wien selbst ist für die Universitäten kompetenzmäßig nicht zuständig – womit der Beauftragte auch keinen Einfluss hat. Das Büro des Beauftragten muss nur einen Minibericht pro Jahr abliefern ... und dafür gibt es ein jährliches Budget von 210.000 Euro.

Gerechtes Wahlrecht

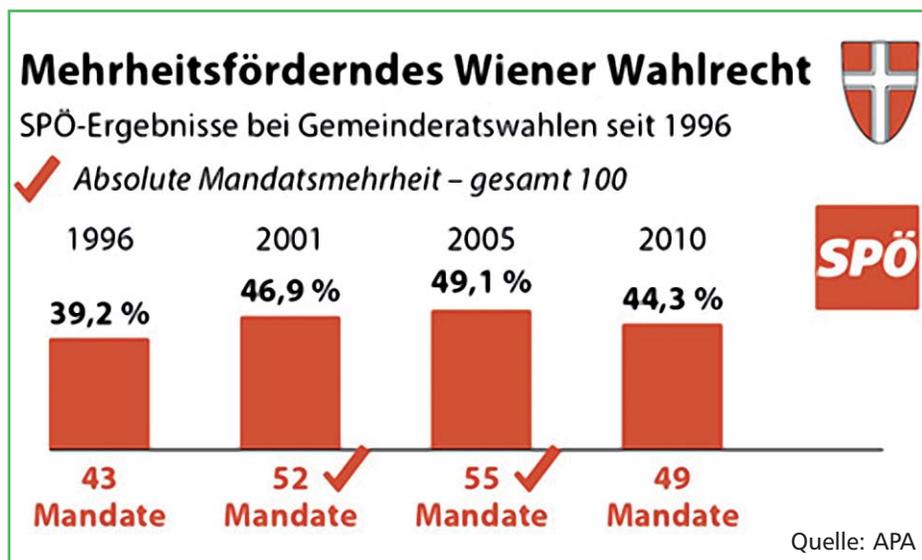
Bis zu diesem Punkt konnten die Grünen ja noch immer argumentieren, dass man mit dem Koalitionspartner nicht alles umsetzen kann, was man so plant und verspricht.

Beim Wahlrecht war es aber nicht nur ein Versprechen, sondern ein Notariatsakt den die Grünen unterschrieben, so wie alle anderen Oppositionsparteien des Jahres 2010.

Das Ziel war, dass künftig die Mandatszähl einer Fraktion möglichst genau ihrem prozentuellen Stimmanteil entspricht – wie es auf Bundesebene und in den anderen Bundesländern der Fall ist.

Im Koalitionspakt von Rot-Grün 2010 hieß es noch, dass bis spätestens Ende 2012 ein „faires Verhältniswahlrecht“ erarbeitet wird – passiert ist dann bis Ende 2012: **NICHTS!**

Nach diversen Ankündigungen einer rot-grünen Einigung 2011, 2012 und 2013 setzt David Ellensohn, Klubob-



mann der Grünen im September 2014 eine Frist bis 27. November, ansonsten „wird es Zeit für einen Plan B“ – die Frist verstreicht und es passiert: **NICHTS!**

Im Dezember 2014 setzt dann Michael Häupl eine Frist, dass die Reform bis zur dritten Jänner Woche 2015 stehen soll – die Frist verstreicht und passiert ist: **NICHTS!**

Anfang Februar 2015 verkünden die Grünen dann schon die Einigung - die

umgehend von der SPÖ dementiert wird - woraufhin Maria Vassilakou am 11. Februar eine Frist setzt bis zum Ende derselben Woche – die Frist war am 13. Februar noch nicht vorbei und passiert ist: Rot-Grün einigt sich darauf sich nicht zu einigen.

Wo die Reform doch eigentlich nach 2 Jahren abgehakt sein sollte, zogen 4 1/2 Jahre ins Land und es stellte sich den Grünen die Frage, wie sie in der The-

matik noch ihr Gesicht retten könnten. Nachdem die Grünen seit 2011 gegen mehrere Anträge der Opposition, das Wahlrecht wie ausgemacht zu ändern, gestimmt hatten, planten sie im März einen Antrag einzubringen, der das Erreichen sollte – was dann auf Grund des Wechsels eines Gemeinderats von den Grünen zur SPÖ am selben Tag in der Früh dann auch keinen mehr interessierte.

Die Folge war, dass die Grünen von „Tiefpunkt“, „unwürdiges Schauspiel“, „unterster Schublade“, „Vertrauensbruch“ sprachen – um sich bald danach von der SPÖ eine Zusage für die Fortsetzung der rot-grünen Koalition für die nächsten 5 Jahre zu wünschen.

Auch wenn klar ist dass man als kleiner Koalitionspartner nicht alle seine Versprechen und Themen umsetzen kann, so ist es für mich schon verwunderlich, was aus den Wahlversprechen der Grünen wurde.



BR Bak. Alexander Bartl
Anspruchspartner für:
Finanzen,
Bauausschuss.

Ampeln für alle?



Zur Akzeptanzsteigerung gegenüber Schwulen und Lesben ließ Stadträtin Maria Vassilakou in der Zeit um den Song Contest herum Ampeln mit hetero und homosexuellen Pärchen aufstellen.

Auf Grund des weltweiten Medienechos wurde dies dann von einer tem-

porär geplanten Aktion auf den Dauerzustand geändert.

Auch wenn ich bisher dachte, dass der Hauptzweck einer Ampel ist über die Lichtsignale lenkend in das Verkehrsgeschehen einzugreifen, so weiß ich nun dass sie auch dazu da sind Akzeptanz für bestimmte Teile der Bevölkerung zu



schaffen. Wenn dies aber ebenso die Aufgabe ist, so frage ich mich ob es nicht viele weitere Teile der Bevölkerung gibt die bedacht werden müssten:

Frauen stellten mit 4.352.447 Personen im Jahr 2014 über 51% der Bevölkerung dar, es gibt für sie aber kein eigenes Lichtsignal. Ältere (65+) stellten mit 1.556.658 Personen im Jahr 2014 über 18% der Bevölkerung dar, es gibt für sie aber kein eigenes Lichtsignal.

Wenn man argumentiert dass es sich hierbei um keine Minderheiten handelt, wie sieht es dann mit Lichtsignalen für Rollstuhlfahrer, Kinder, etc. aus? Die Liste ließe sich beliebig fortsetzen bis jeder irgendwann seine eigene Ampel hätte – rund 8,5 Millionen Ampeln müsste uns die Akzeptanzsteigerung für jeden ja wohl noch Wert sein.

BR Alexander Bartl



Bodenlos

Rohstoffvergeudung und Artensterben gehen Hand in Hand

2015 wurde von der UNO zum Internationalen Jahr des Bodens ausgerufen. Hoffentlich hat der (Erd)Boden mehr von dieser Widmung als etwa die – vielfach auch bodenabhängige – Artenvielfalt. Die hatte 2010 ihr großes (UNO)Jahr und bis 2020 begehen wir gar eine „Dekade der Biodiversität“. Es wird aber selbst ein Jahrhundert der Artenvielfalt nichts nützen, wenn weiterhin Raubbau betrieben wird. An Gewässern und Böden..., an Naturräumen, die eben auch Lebensräume sind.

In Österreich werden täglich 20 Hektar Bodenfläche versiegelt, die somit jeder naturnahen bzw. landwirtschaftlichen Nutzung entzogen sind. Dabei gäbe es jede Menge Industriebrachen und -ruinen, die hierfür verwendet werden könnten. Weltweit wird immer mehr Acker- und Grünland umgewidmet, oft im Zuge von (Not)Verkäufen (Land Grabbing...) an



profitorientierte, private oder ortsfremde Besitzer. Weltweit sterben auch deshalb immer mehr Arten aus. Der aktuelle Living Planet Report des WWF zeigt, dass sich zwischen 1970 und 2010 die untersuchten Populationen von Säugetieren, Vögeln, Reptilien, Amphibien und Fischen im Durchschnitt halbiert haben. Europa hat innerhalb der letzten 30 Jahre 421 Millionen Vögel verloren. In demselben Zeitraum hat sich die Zahl der westeuro-



päischen Bienenvölker von 4,32 Millionen auf 2,64 Millionen markant reduziert.

Die Probleme sind bekannt. Auch ihre Ursachen. Mit gewidmeten Tagen und Jahren sind sie aber nicht zu beheben. Mit Landschaftsplanung a la Betonlobby, ausserndem Sandraubbau an Küsten und Meeresböden, mit millionenfachem jährlichem Vogelfang auch innerhalb der EU, mit vergifteten Ozeanen und Äckern, mit der notorischen Übernutzung der Ressourcen unseres Planeten... wird das nicht zu bewerkstelligen sein. Und auch nicht mit ungehemmtem Machbarkeits-



wahn im Zuge ungenügend geprüfter Gen- und Nanotechnologie, abenteuerlicher Tiefsee-Ölbohrungen oder Fracking. Bleibt die Hoffnung auf einen von aufrichtiger Naturliebe getragenen Tag der Vernunft, am besten im Jahr der Verantwortung, im Jahrzehnt der Mitgeschöpflichkeit.

Davon würde auch die kleine Brigittenau profitieren. Denn auch vor unserer Haustüre wird derzeit wenig getan, das bisschen „wildes Stadtleben“, das sich hier entfaltet, langfristig zu erhalten.



BR Michael Howanietz
Klubobmann der FPÖ Brg.
Ansprechpartner für:
Umwelt, Bezirksentwicklung.

Was kommt als nächstes?

Häftlinge für die Polizeiarbeit! Nein, kein verspäteter Aprilscherz, sondern ein Projekt von Innen- und Justizministerium, auf das man ganz ganz stolz ist.

Was, wenn das Beispiel Schule macht? Wird die EU afrikanische Seepiraten ihre bootsflüchtigen Landsleute übers Mittelmeer geleiten lassen? So kämen die zwar auch nicht sicherer an, aber das „Schlepperunwesen“ könnte eingedämmt werden. Wichtig scheint ja einzig, dass der Nachschub in den Wiener U-Bahnstationen nicht versiegt. O ja, der Tag wird kommen, da man diese mit lächerlichen knapp 6 Milliarden Euro verschuldete Stadt (wenn sie rot(grün) regiert bleibt) nur noch zgedröhnt ertragen wird können.

Werden verurteilte Kinderschänder künftig bevorzugt in pädagogischen Berufen zum Einsatz kommen? Nach 2 ½ Resozialisierungsmaßnahmen und strenger Eignungsprüfung natürlich!

Werden moldawische, georgische ... und sonstige (die EU duldet keine wie immer geartete Diskriminierung!) Einbrecher in Zukunft als „Housesitter“ an urlaubende Österreicher vermittelt. So lässt sich sorglos verreisen, denn selbstverständlich müssen die Ganoven ihrer bisherigen Tätigkeit vorher halbhoch und scheinheilig abschwören!

Wird im Tierschutz endlich mit der Ausgrenzung von Tierquälern gebrochen und diesen speziell Kranken die Chance geboten, in entsprechend sensiblen tiernahen Arbeitsbereichen eingesetzt zu werden?

Werden Wirtschaftskriminelle endlich in einen für sie zu schaffenden und hoch dotierten ökonomischen Weisenrat berufen und somit nachhaltig rehabilitiert?

Werden die Talente von Wiederholungstätern nicht länger hinter schwedischen Gardinen versteckt, sondern Mehrfach-Vorbestrafte bald als Jugendidole aufgebaut, nach dem quotentauglichen Motto: „Austrias next Top-Knacki“.

Man muss nur vertrauensvoll mit dem Zeitgeist gehen und schon hat Österreich seinen Platz in der Welt wieder, als Tragikabarett aus der Operettenrepublik.



Romanogasse 28

– eine unendliche Geschichte

Bereits seit fünf Jahren beschäftigt das Gebäude in der Romanogasse 28 – oder genauer gesagt zahlreiche Projekte die hier geplant und teilweise auch verwirklicht wurden – die Brigittenufer, aber auch die Wiener Politik (siehe zuletzt den Artikel KIBIZ – Islamische Bildungseinrichtung mit Security vor der Tür in der Klartext-Ausgabe Nr. 4/2013).

Wie einem Bericht der Tageszeitung „Die Presse“ vom 11.4.2015 zu entnehmen ist, soll nunmehr in diesem Objekt ein islamisches Frauenhaus errichtet werden. Als wichtigster Grund für dieses nach der ersten Frau Mohammeds benannten Projekt „Hatic“ wird seitens der Betreiber genannt, dass Muslimas in konventionellen Frauenhäusern ihre Religion nicht frei ausüben könnten und ermutigt würden, das Kopftuch abzulegen. Ein Vorwurf, der von der Geschäftsführerin der Wiener Frauenhäuser, Andrea Brem, als Lüge klar zurückgewiesen wird.

Träger des Projekts eines islamischen Frauenhauses ist der Verein „JETZT – Zukunft für Alle, integrativ-holistische Beratung und Begleitung (Schwerpunkt Muslime in Österreich)“. Dieser Verein, der seinen Sitz im direkt an die Romanogasse 28 angrenzenden Objekt Gerhardusgasse 25 hat, wird ausschließlich von Männern geleitet, eine Tatsache, die für die Geschäftsführerin der Wiener Frauenhäuser „höchst ungewöhnlich“ ist.

Auch handelt es sich beim Verein „Jetzt – Zukunft für Alle“ quasi um einen Schwesternverein des Vereins „Zukunft für Alle – Verein Islamischer Privatschule“, der Träger jener Volksschule in der Romanogasse 28 ist, die vor allem

von Kindern aus tschetschenischen Familien besucht wurde und der heuer im Jänner vom Stadtschulrat wegen „Gefahr im Verzug“ das Recht zur Schulführung entzogen wurde. Nur nebenbei erwähnt sei, dass dieser Verein am 10.-12. 2013 Konkurs angemeldet hat.

Des Weiteren haben an der Adresse Romanogasse 28 auch noch die Vereine „KIBIZ - Kinder Bildungs- und Integrationszentrum Wien“ und „ERBIZ - Erwachsenen Bildungs- und Integrationszentrum“ ihren Sitz.

Während ERBIZ offenbar seit längerem keinerlei Tätigkeit ausübt - auf der Homepage wird als Datum des nächsten Kurses für die Tageselternbetreuung der 19. März 2012 (!) genannt – betreibt, oder genauer gesagt betrieb, KIBIZ dort seit 2012 einen Kindergarten. Und diesem wurde nun vor kurzem die Betriebsgenehmigung entzogen.

In diesem Zusammenhang richteten die Freiheitlichen Bezirksräte in der Sitzung der Brigittenufer Bezirksvertretungssitzung am 17. Juni 2015 Anfragen sowohl bezüglich des Kindergartens als auch des Projekts eines islamischen Frauenhauses an SPÖ-Bezirksvorsteher Derfler. Im Besonderen wollten wir auch Auskunft über Förderungen aus öffentlichen Mitteln erhalten. Die Antworten des Herrn Bezirksvorstehers fielen allerdings mehr als enttäuschend aus. Bezüglich der Sperre des Kindergartens lagen ihm zum Zeitpunkt der Sitzung noch keine Informationen seitens der Fachdienststellen vor. Und das Projekt eines islamischen Frauenhauses war ihm nicht einmal bekannt ...

Wissen Sie, was Genderbudgeting ist?

In ganz Europa lacht und spottet man über die AmpelmännchInnen.

In ganz Europa ist man erstaunt über Unisextoiletten für Unentschlossene, ob sie nun Manderl oder Weiberl sind.

In ganz Europa wundert man sich über teure Umbauten, z.B. von Spielplätzen, die plötzlich gendergerecht gestaltet werden müssen.

Sollten Sie also bisher nicht gewusst haben, was Genderbudgeting ist, hoffe ich ein wenig zum Verständnis beigetragen zu haben.

Solche und ähnlich absurde Projekte muss man natürlich mit Steuergeld finanzieren!

Sie stellen allerdings nur die vorläufige Spitze des Eisberges dar.

Die Genderideologie – ursprünglich als Strategie für die Gleichstellung der Frau angelegt, hat sich mittlerweile zu einem Instrument der Geschlechtergleichschaltung entwickelt, das abgesehen von den erheiternden Beispielen schon totalitäre Züge angenommen hat.

Sie durchdringt alle Gebiete und Lebensbereiche, lukriert Geld ohne Ende und wird deshalb ungeniert als mainstream bezeichnet. Eigene Lehrstühle wurden dafür errichtet.

Ziel scheint der völlig desorientierte Mensch zu sein, der nach Auflösung von Kirche, Staat und Familie nun auch noch sein Geschlecht verlieren soll.

Traurig dabei ist vor allem der Umstand, dass gerade und vor allem Frauen willige Helfer auf dem Weg zu diesem menschenverachtenden System sind. Dafür hat man sie also gehalten keine Kinder zu bekommen und irgendwelche Geschwätzwissenschaften zu studieren?



Rot-Grünes Wortgefecht

Wunsch zur Gehsteigverbreiterung erhitzt Gemüter



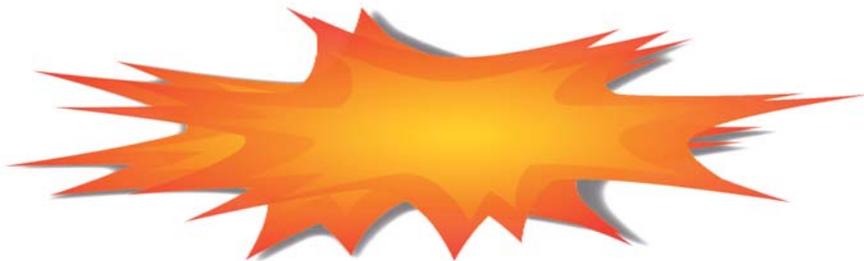
Ein Antrag der Bezirks-Grünen die Gehsteige auf der Wallensteinstraße zwischen Wallensteinplatz und Rauscherstraße zu verbreitern sorgte in der letzten Bezirksvertretungssitzung am 17. Juni 2015 für ein emotionales Wortgefecht zwischen SPÖ und Grünen. Es zeigte erfreulicher Weise, dass sich die Rot-Grüne Zweckehe nicht überall auf Bezirksebene durchgerungen hat.

Während die Grünen in dem Umbau nur Vorteile sahen, machte BR Sabine

dass in ihrem Antrag nichts von einer Streichung der Parkplätze stehe und zeigte sich amüsiert über das Szenario, dass auf Grund weniger Parkplätze weniger Leute in eine Einkaufsstraße kämen. Sie verwies auf die Mariahilfer Straße, wo ja alles total ausgestorben wäre und man ja ganz allein unterwegs sei.

Sie fand es auch erstaunlich dass die SPÖ die Interessen von Geschäftsleuten über die Sicherheit der Bezirksbürger stellt, da Autos ja zu Verkehrstoten führen.

Das Reizwort Mariahilfer Straße veranlasste SPÖ-BR Strobl festzuhalten, dass er vermutlich einer der Wenigen im Raum sei, der auf Grund seines Arbeitsplatzes in der Mariahilfer Straße die Lage und Auswirkungen des Umbaus beurteilen kann und sich durchaus Probleme aus nicht vorhandenen Parkplätzen



Valentin (Gattin von SPÖ-Gemeinderat Valentin) als Erste die Position der SPÖ Brigittenau klar:

Da der Individualverkehr nicht auf den Gleisen der Straßenbahn geführt werden soll, würde eine Gehsteigverbreiterung die Parkspur und damit gut 80 Parkplätze eliminieren – was diesen Bereich der Wallensteinstraße als Einkaufsstraße uninteressant machen würde. Denn wenn man nicht mehr stehenbleiben kann, dann kommen auch weniger Leute einkaufen und negative wirtschaftliche Folgen wären zu befürchten.

Weiters wurde das Demokratieverständnis der Grünen hinterfragt, da diese eine für die Geschäftsleute bedrohliche Maßnahme durchbringen wollen ohne mit diesen darüber gesprochen und deren Meinung eingeholt zu haben, denn im Zuge einer Befragung der SPÖ zeigten sich die meisten Geschäftsinhaber ablehnend gegenüber einer Gehsteigverbreiterung.

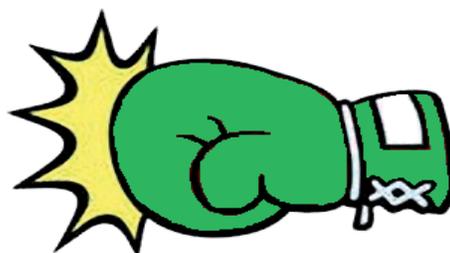
Die Grüne Klubobfrau berichtete,

ergeben. Weiters kritisierte er, dass bei der – im Übrigen von der SPÖ gemeinsam mit den Grünen beschlossenen – Anrainerbefragung zum Umbau der Mariahilfer Straße zwar Studenten, aber nicht die Geschäftsleute teilnehmen durften.

Im Zuge der Diskussion wurde auch angesprochen, dass die Grünen nur Verkehrspolitik für Radfahrer machen und dies unseriös sei.

Nach fast 20 Minuten kam es dann zur Abstimmung und der Antrag wurde – wie der Großteil der Anträge der Grünen an diesem Abend – mit den Stimmen von SPÖ, FPÖ und ÖVP abgelehnt.

BR Alexander Bartl



Aus dem Bezirksparlament

Am 17. Juni fand die letzte Sitzung der Bezirksvertretung vor der Sommerpause statt. Die Grünen stellten ein halbes Dutzend Anträge. Vier wurden von den anderen Fraktionen geschlossen abgelehnt, weil sie nichts anderes sind als ideologisch motivierte, sinnlose Verkehrsbehinderungsversuche. Besonders interessant, dass sich Grün neuerdings in Beton wohlfühlt. Anders ist der Wunsch kaum zu deuten, einen breiten Gehsteig in der Wallensteinstraße weiter zu verbreitern (siehe entsprechenden Bericht im Artikel Links).

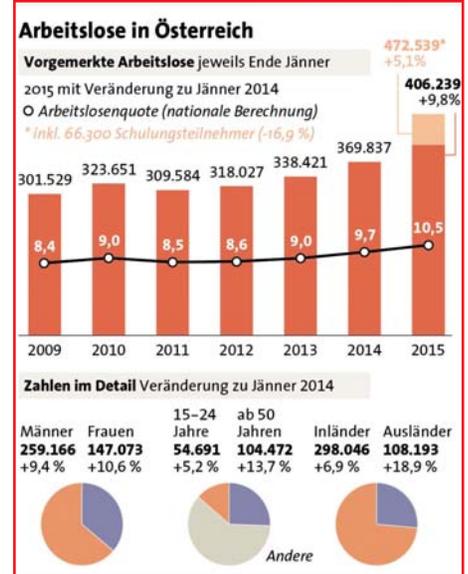
Gott sei Dank hat die Bezirksvertretung in derselben Sitzung mehrere Kleingartennutzungen verlängert, womit dort etwas Grün im Bezirk verbleibt, während die politisch Grünen von der autofreien Betonstadt träumen, in der möglichst kein deutsches Wort mehr zu hören ist. Da immerhin ist man auf „gutem“ Wege. Denn der Anteil der Schüler mit deutscher Muttersprache ist in der Brigittenau seit 2008 (23,54%) weiter gesunken, auf nunmehr 17,9%. Eine „Mehrheitsgesellschaft“ sieht anders aus!

Ganz un-Grün freilich sind die Grünen nicht. Aber sie schreiben auch in ihren Antrag für mehr Gemeinschaftsgärten im Bezirk ihr oberstes Anliegen. Denn ein Garten bietet: „...Möglichkeiten...mit...anderen...Kulturen in Kontakt zu treten...!“ Multikulti wird jetzt also auch zur Existenzberechtigung für Gärten. Das alles verwundert nicht, wenn man sich ansieht welche Schwerpunkte grüne Parteiprogramme aufweisen und welche Themen grüne Abgeordnete, auf allen politischen Ebenen, bewegen. Mit den Interessen und / oder Problemen der Wiener hat das wenig bis nichts zu tun.



„Multikulti“ auf der Wiener Donauinsel.

Verlogene Flüchtlingspolitik



Die Österreich seitens der EU verordnete Quote zur Flüchtlingsübernahme liege bei 444 (!) verkündeten in großen Schlagzeilen die gleichgeschalteten Systemmedien. An nur 3 Tagen derselben Woche aber begehrten 900 Personen Asyl in Österreich. Und alleine an dem genannten Wochenende wurden 6.000 geschleppte „Bootsflüchtlinge“ vor Südeuropas Küsten gerettet (das ist bei weitem nicht die an diesen zwei Tagen in der EU angekommene Gesamtzahl!).

Man muss nur die bekannten Zahlen hochrechnen, um erstens die verlogene Schlagzeilenpolitik zu durchschauen und zweitens eine Ahnung davon zu bekommen, was unserem Kontinent bevorsteht, wenn die Veranstalter der aggressiven Selbstabschaffung Europas mit ihrem Programm durch sind.

Wie sehr zahlreiche dieser Neuankömmlinge unsere Kultur schon heute bereichern ist tagtäglich sogar den diesbezüglich zu äußerster Zurückhaltung



angehaltenen Massenmedien zu entnehmen. Wie gut die unüberschaubare Zahl von (tüchtigen! Wir suchen ja „Fachkräfte“!) Neuankömmlingen unserem Arbeitsmarkt tut, zeigen die 124.000 arbeits-

losen Ausländer, die der österreichische Steuerzahler so ganz nebenbei durchfüttern darf. Wie verdient sich zahlreiche Fremde dem Gastland machen, weisen die weit über 150 Millionen Euro aus, die der österreichische Steuerzahler alljährlich für ausländische Häftlinge brennen darf.



LESERBRIEF!

Zum Thema: „Wir“ bauen Gemeindewohnungen!

Herr Häupl erklärte jüngst: „Wir bauen wieder Gemeindewohnungen!“ Wie schön!

Wen meint er allerdings mit „wir“? Die fleißigen österreichischen Steuerzahler? Wem überreicht er stolz die Schlüssel? Den Wienern sicher nicht!

Denn er sagte in einem ORF-Interview, dass die Österreicher „reich“ genug wären, sich Eigentums- oder Genossenschaftswohnungen kaufen zu können!

„Wir“ bauen also nicht für Österreicher. Doch nicht so schön!

Mein „Beileid“ Herr Bürgermeister für die kommende Wahl.

Traude Lindenbauer



I hätt do no a Frog?

Also, wann der Faymann als Parteichef nicht einmal seine eigenen Leut' im Griff hat, wie kann sich der dann als Bundeskanzler gegenüber anderen Regierungschefs durchsetzen? UND, welchen Schaden hat er in den letzten Jahren für Österreich dadurch angerichtet?



Der Türkische Präsident Recep Tayyip Erdoğan hat Österreich mit Sanktionen gedroht und die Beziehungen als „dauerhaft beschädigt“ bezeichnet, nachdem der österreichische Nationalrat dem Osmanischen Reich Völkermord an den Armeniern vorwarf. Wie hat eigentlich die österreichische Bundesregierung, der Bundespräsident oder die Wiener SPÖ darauf reagiert? Oder hams es vielleicht net gehört oder verstanden?



Was hat eigentlich das weinerliche HIV-Bekenntnis von Life-Ball-Initiator Gery Keszler für einen Zweck haben sollen? Gibt's eigentlich irgendjemanden der angenommen hat, dass der net HIV-positiv ist? War des net vor 23 Jahren der Grund für sein Engagement?

Hat der Kardinal Schönborn vergessen, dass Österreich säkular regiert wird, also strikte Trennung von Kirche und Staat, oder hat er's gor net gwusst. Denn für die Flüchtlings- und Asylpolitik hätten wir eh a Ministerin, do braucht's kan Hirten mit immer weniger Schäfchen!

Taxistandplatz Millennium City!

Es bleibt alles wie es ist, da keine sinnvollen Alternativen und keine praxisgerechten Erweiterungsmöglichkeiten für diesen Standplatz möglich sind.

Das ist das wenig berauschende Ergebnis einer Beratung in der Bezirksverkehrskommission, die aufgrund eines Antrages der FPÖ stattgefunden hat. Dabei waren Vertreter der Taxiinnung und der zuständigen Magistratsabteilung für Verkehrsangelegenheiten anwesend. Seitens der Taxiinnung wurde angekündigt auf die Taxilenker, die sich rechtswidrig verhalten, einwirken zu wollen und gegebenenfalls auch beim Verkehrsamt zu melden.



Wenn die Innenministerin meint, dass Österreich für Asylwerber „UNAT-TRAKTIVER“ werden muss, dann is des ein klares Eingeständnis dafür, dass die Regierungsparteien zu schmissig mit unserem Steuergeld umgehen. Wie viele Asylanten sollte Österreich aufnehmen, bis dass die Leut von „Asyl in Not“ und „SOS Mitmensch“ z'frieden san?



Die Toleranz der „Gutmenschen“

Der FPÖ wird immer wieder vorgeworfen intolerant zu sein, doch wie verhält es sich mit den „sogenannten Gutmenschen“?

Ist es in Ordnung, wenn immer wieder blaue Veranstaltungen von randalierenden und aggressiven Radaubrüdern gestört werden?

Ist es in Ordnung, wenn Besucher unserer Veranstaltungen bespuckt und angegriffen werden?

Ist es in Ordnung, wenn von allen Seiten gegen die FPÖ „gehetzt“ wird?

Ist es in Ordnung, wenn unsere

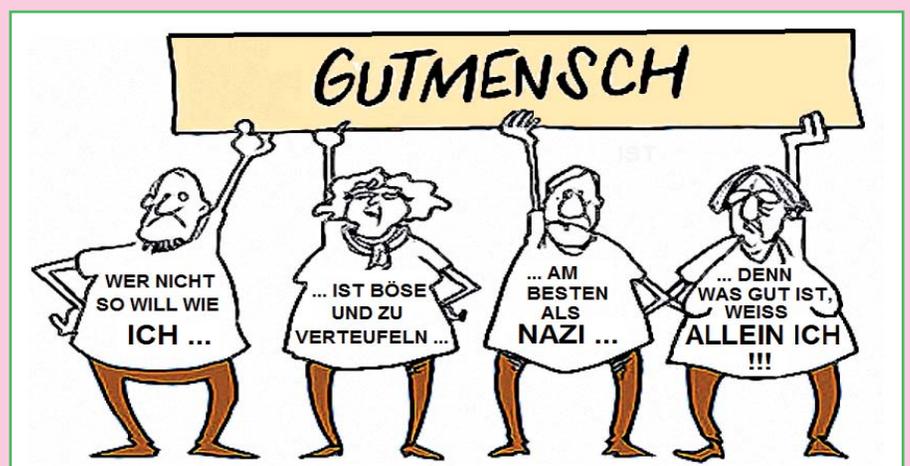
*National sein und denken:
Das heisst nicht, fremde Völker hassen,
sondern das eigene Volk zu lieben.*

Peter Rosegger

Funktionäre bei Infoveranstaltungen verbal angegriffen und sogar mit Messern bedroht werden?

Also, so stelle ich mir Demokratie nicht vor!

Oder haben sie schon einmal gehört, dass je eine Veranstaltung „Andersdenkender“ von Freiheitlichen gestört wurde?



Zeitgeist-Wahnsinn aus der BRD



„deutsche“ Sorgen, heute in der BRD, in Österreich morgen...

Der Sänger der Punkgruppe „Die Ärzte“, Farin Urlaub, schämt sich Deutscher zu sein. Schuld sei der „Alltagsrassismus“. Hört, hört! Vielleicht will sich Herr Urlaub ja Liebkind bei einem Grünpolitiker machen, dessen Heimatgefühle eben-



falls dauerhaft in den Ferien sind. Jürgen Trittin sagte 2005 der Frankfurter Allgemeinen Zeitung gegenüber den würdigen Satz: „Deutschland verschwindet jeden Tag immer mehr und das finde ich gut so.“ Die meisten Austro-Grünen werden das unterschreiben können.

Eine Seniorin wurde vor dem Amtsgericht Hamburg Barmbek zu einer 100-Euro-Geldstrafe verurteilt, weil sie einen 11jährigen Afrikaner, der sie als „Nutte“ und „hässliche alte Frau“ beschimpft hatte, als „Neger“ bezeichnete.

Immer mehr deutsche Ex-Soldaten wandern nach Syrien oder in den Irak aus und schließen sich dort Terrororganisationen an. Sicherheitsbehörden und MAD (Militärischer Abwehrdienst) bestätigen das. Erste Warnungen, dass die militärische Ausbildung der Bundeswehr zu terroristischen Anschlägen missbraucht werden könnte, ließen nicht lange auf sich warten. Vermutlich dauert es nicht mehr lange bis linke Blender – auch in Österreich - ein Ende der Landesverteidigung fordern, um nicht den Terror zu begünstigen.

Ein gewisser Raif Aktürk und der Aus-

länderbeirat Kadir Erdogan fordern das Bekenntnis „frei von Rassisten“ auf den Ortstafeln des Städtchens Raunheim nahe Frankfurt. Der grüne Stadtrat Gavriil Gavriilidis will sich für die Durchsetzung verwenden. „Deutsche“ Politik,



Kein Geld für Brigittenaauer Hundezonen!



Immer wieder erreichen uns Hilferufe aus der Bevölkerung, betreffend Hundeauslaufzone Allerheiligenpark, und es ist immer der selbe Tenor:

- 1) Größere Hunde springen ungehindert über den Zaun und es kommt immer wieder zu Angriffen auf kleinere Hunde und Besucher.
- 2) Seit Jahren wächst auf diesem Platz kein Gras mehr (natürlich, Hunde graben nun mal gerne).

- 3) Bei Regen kann das Wasser auf dem Platz nicht mehr ablaufen, und es stehen oft Tagelang Pfützen, sodass man die Hunde nach dem herumtollen nicht selten waschen muss.
- 4) Die Auffangschale des Wasserspenders ist zu klein, sodass es auch hier immer zu Pfützen kommt.
- 5) Der Sackerlbehälter ist oft leer, und seit einiger Zeit auch kaputt. Ein zweiter wäre optimal.

- 6) Eine Lichtquelle am Eingang zu den beiden Plätzen wäre sehr willkommen, da man abends schon nicht mehr sieht wo man hintritt.
- 7) Speziell in den Abendstunden werden die beiden Plätze von „Asozialen“ stundenlang belagert, sodass man dann mit seinem Hund sich nicht mehr hinein traut.

Dabei gäbe es sicher, mit nicht allzuvielm Aufwand, Möglichkeiten diese unmöglichen Zustände zu beseitigen! Ein höherer Zaun, wie z.B. im Mortarapark wäre auf jedem Fall ein erster Schritt.

Doch wie ich bei der Budgetsitzung im Bezirksparlament feststellen musste, sind für alle Hundezonen im Bezirk, gerademal 100 Euro vorgesehen!

Beschämend, wie ich meine!



BR Elisabeth Sehner
Ansprechpartnerin für:
Verkehr, Naturschutz,
Kultur.

„Blaue“ Aktionen in der Brigittenau



Ausflug der freiheitlichen Senioren nach Grein an der Donau. Tolle Führungen, sehr interessant und unterhaltsam.
Am 18. 9. 2015 ist die nächste Busfahrt - dann geht es nach Laa an der Thaya.



Interessanter Vortrag bei unserem monatlich stattfindenden Seniorenstammtisch im Gasthaus Styria XX, von Frau Anke Kronus, (links im Bild, mit Seniorenbetreuerin Karin Lenz) die in ihrem beruflichen Leben physisch kranke Menschen betreut.



Beste Stimmung beim monatlichen Stammtisch der Initiative der freiheitlichen Frauen (IFF) mit dem Sänger „Frankie Martin“ im Cafe Tina. Es war ein lustiger stimmungsvoller Abend und endete spät in der Nacht.

Zustelladresse: